

Bundesschülerkonferenz veröffentlicht Forderungspapier für radikale Bildungswende

- Am Wochenende fand in Berlin der erste Bildungskongress der Bundesschülerkonferenz statt. Über 300 Lernende, Vertreter aus Politik und Bildungsverbänden debattierten für eine bessere Bildungspolitik.
- Die Ergebnisse wurden in einem verbindlichen **Forderungspapier** festgehalten. Die Lernenden fordern darin eine radikale Wende in der Bildungspolitik.
- Bis zur Reaktion und Umsetzung durch die Politik wird die Bundesschülerkonferenz mit mehr als 1000 Schülervertretungen und einem breiten Bündnis aus Bildungsverbänden an die Öffentlichkeit appellieren.

Berlin, den 23.10.2023 – Mehr als 300 Lernende aus ganz Deutschland sind am vergangenen Wochenende in Berlin zusammengekommen, um eine gemeinsame Vision für bessere Bildung zu entwickeln. Das Ergebnis der tagelangen Diskussionen: Aktuell läuft einiges massiv schief. Bei der Digitalisierung und Berufsvorbereitung hängt Deutschland unentschuldig hinterher, der Lehrkräftemangel verschärft die Probleme eines veralteten Schulsystems und der sozioökonomische Hintergrund bestimmt noch immer den Bildungserfolg. Deshalb entstand ein überparteiliches **Forderungspapier**. Es richtet sich an Bund und Länder, Eltern und Lehrkräfte, mit dem Aufruf zum Einsatz - gemeinsam für die Zukunft der Bildung!

„Jahrzehntelang hat die Politik es verpennt, die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen. Wir sind die Generation, die die Rechnung bezahlt. Es darf keine Ausreden mehr geben. Wir wollen eine echte Bildungswende. Jetzt. Und zwar gemeinsam“, sagt die Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz, Wiebke Maibaum.

Das vollständige Forderungspapier ist hier für verfügbar:

<https://bundesschuelerkonferenz.com/gemeinsam-fuer-zukunftbildung-forderungspapier/>
verfügbar. Die Kernforderungen sind:

1. Effektive Digitalisierung

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur an Schulen muss drastisch beschleunigt werden. Mehr Tempo geht nur mit weniger Bürokratie. Vor allem regionale Ungleichheiten und Standortunterschiede müssen behoben werden. Zeitgleich muss digitale Kompetenz gleichwohl von Lehrkräften, Lernenden, aber auch Eltern erlernt werden.

2. Konsequenz gegen Lehrkräftemangel

Guter Unterricht braucht ausreichend Lehrkräfte. Die Bundesländer sollten nicht um Personal konkurrieren, sondern gemeinsam an einer pragmatischen Lösung arbeiten: Neben Übergangslösungen muss dazu der Beruf attraktiver gestaltet, das Lehramtsstudium reformiert und die Entlastung von Verwaltungsaufgaben umgesetzt werden.

3. Unterricht grundlegend neu denken

Schulen brauchen die notwendige Freiheit, moderne Unterrichtsmethoden einzusetzen. Hier fordern wir vor allem weniger Frontalunterricht, andere Unterrichtszeiten und politische Bildung, die Demokratie stärkt und erlebbar macht.

4. Schule für alle: Inklusion und Chancengerechtigkeit

Barrierefreie Zugänge, inklusiver Unterricht und Chancen unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund: Bildungspolitik muss unterschiedliche Voraussetzungen ausgleichen. Heute mehr denn je muss Bildung für jeden ermöglicht werden – klar ausgerichtet gegen jegliche Form der Diskriminierung und des politischen Extremismus.

5. Lernen fürs echte Leben

Berufsbildung ist ein zentraler Bestandteil lebensvorbereitender Schule. Das gelingt insbesondere durch aktive Informationsveranstaltungen, hochqualitative Praktika und integrierte Berufsberatung. Dafür braucht es viel stärkere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Respekt vor allen Abschlüssen sowie Berufswegen.

6. Stärkerer Fokus auf mentale Gesundheit

Durch Pandemie und weitere Krisen sind Lernende hoher psychischer Belastung ausgesetzt. Schule darf vor diesem Hintergrund kein weiterer Belastungsfaktor werden – sondern sollte bei der Bewältigung unterstützen. Die Schulpsychologie muss weiter institutionalisiert und mit neuen Stellen ausgestattet werden. Auch hier muss der Fachkräftemangel angegangen werden.

7. Gemeinsam für die Zukunft der Bildung

Wir fordern Bund und Länder auf, Bildung als parteiübergreifende Gemeinschaftsaufgabe zu betrachten, neue Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln und ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um allen Lernenden Deutschlands den Zugang zu bester Bildung zu ermöglichen. Die Politik muss das Versprechen vom Aufstieg durch Bildung verwirklichen und bundesweit gerechte Voraussetzungen schaffen.

Über die Bundesschülerkonferenz (BSK): Die Bundesschülerkonferenz (gegründet 2004) ist die Ständige Konferenz der Landeschülervertretungen der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und behandelt Angelegenheiten der Bildungspolitik von überregionaler Bedeutung mit dem Ziel einer gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung und der Vertretung gemeinsamer Anliegen. Die Bundesschülerkonferenz ist überparteilich und überkonfessionell. Sie tritt für ein chancengerechtes Bildungssystem ein, das alle Lernenden in ihrer Vielfalt berücksichtigt und auf die Zukunft vorbereitet.

Die BSK, finanziert mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, wird unterstützt durch den Projektträger Vernetzungsstelle der Bundesschülerkonferenz in der Stiftung Bildung. Der einmalige Bildungskongress wird zusätzlich unterstützt durch Spenden der Robert-Bosch-, Bertelsmann- und Klaus-Tschira-Stiftung.

Frei verfügbare Bilder und weitere Materialien:

https://drive.google.com/drive/folders/1Uy-93T1o2gANEbr_5q0IS1xlbGZ07ine?usp=sharing